

## Bankenkrise und verfehlte Kapitalismus-Schelte:

Was falsch gemacht wurde und wie man es korrigieren muss

Von **Wolfgang J. Wulf**

**Mellrichstadt. Der Kapitalismus – unsere Wirtschaft der freien und sozialen Marktwirtschaft – ist in Misskredit geraten. Es war aber das "Bankenunwesen im Bankenwesen", welches zur Finanzkrise führte und unser Ordnungssystem der freien und sozialen Marktwirtschaft schädigte. Die Gründe waren also nicht systembedingt, sondern waren menschliches Versagen, Gier, die Unfähigkeit Kontrollsysteme zu beherrschen; und es waren kriminelle Energien von Führungskräften.**

Der Ruf der „Linken“ nach Enteignung oder Verstaatlichung ist aber unverständlich. Man sollte sich daran erinnern, dass die Planwirtschaft der DDR bereits im Jahr 1982 zahlungsunfähig war. Dass ein solches System auch den Verlust von persönlicher Freiheit bedeutete, hat man schon wieder vergessen!

(Fortsetzung S. 2)

## "Deutschland braucht einen Obama!"

**Würzburg. (DiM) Der bekannte amerikanische Journalist Don F. Jordan sprach auf einer außenpolitischen Veranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit den Bezirksverbänden des Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises der CSU und der Jungen Union über seine Einschätzungen zu einer zukünftigen amerikanischen Außenpolitik unter Barack Obama.**



Don F. Jordan in Würzburg mit dem ASP-Bezirksvorsitzenden Ullrich Seelmann (Foto: D. Möckel)

Schon im Vorfeld der Veranstaltung hatte sich der sympathische Referent im Foyer des Saales der Presse, den Fotografen und den Besuchern zur zwanglosen Unterhaltung gestellt. Der JU-Bezirksvorsitzende Steffen Vogel konnte weit über 100 interessierte Zuhörer aus dem ganzen unterfränkischen Raum begrüßen und Don F. Jordan in Würzburg willkommen heißen.

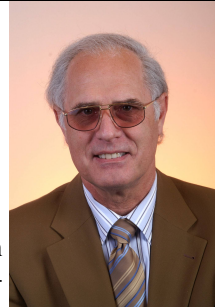
(Fortsetzung S. 3)

### Aus dem Inhalt:

	ASP-Bezirk Unterfranken erhält Zuwachs: Gründung des KV Haßberge	S. 10
General Eisele: Kollektive Sicherheit - Monopol der UN?	AK Rhön-Grabfeld: Obama ist nicht zu beneiden	S. 5 S. 10
U. Feldmann: Kaukasus - Quo vadis? (Teil 2 der Dokumentation)	China-Weltmacht des 21. Jhd.? Vorstandssitzungen Bezirk	S. 7 S. 11 S. 11
Die Landtagswahlen - Ein Nachwort von F. Rautenberg	Berichte von der ASP-Landesversammlung in Weiden	S. 8 S. 12-13
U. Bucher: Werden Soldaten nach Schusswaffengebrauch allein gelassen?	Der Geist von Dettelbach: "Auf das saudumme Niveau verzichten!"	S. 9 S. 14-15
E. v. Schoen: Hurra, die Bundeswehr tut etwas für den Naturschutz	<b>Termine</b> <b>Angebot: Zypernreise</b>	S. 9 S. 16 S. 16

## *Einmal laut gedacht ...*

### *Warum engagieren Sie sich eigentlich?*



Manchmal fragt man sich, warum man Mitglied in einer politischen Gemeinschaft ist. Beitrag muss man zahlen, Veranstaltungen besuchen, Funktionen soll man übernehmen, die Zeit und oft genug auch Geld kosten; und was kriegt man dafür? Naja ...

In der Tat: Was kriegt man dafür? Mit materieller Entschädigung wird man ja kaum rechnen können. Aber es gibt auch andere Werte als die in Euro und Cent.

Wird man nicht entschädigt z. B. durch das sinngebende Gefühl, in einer Gemeinschaft von Gleichgesinnten mitzuarbeiten? Dass bestimmte politische und moralische Werte und Prinzipien in der Öffentlichkeit und bei politischen Entscheidungen zur Geltung kommen? Und grundlegend: dass diese Gesellschaftsform der Demokratie mit ihren wunderbaren Grundrechten, uns Nachgeborenen als ein Geschenk von unseren Vorfahren übergeben, nicht wieder durch Trägheit, durch Gleichgültigkeit oder gar durch Böswilligkeit unterminiert wird oder wieder verloren geht?

Demokratie lebt ja von der politischen Mündigkeit ihrer Bürger. Nur der informierte, politisch gebildete Bürger kann mündig sein. Er weiß, dass der demokratische Rechtsstaat kein Selbstläufer ist, sondern täglich neu erworben und bestätigt werden muss.

Dafür engagieren sich unsere Mitglieder und viele andere unserer Mitbürger, die sich kümmern, weil sie sich nicht manipulieren lassen wollen, weil sie mitbestimmen wollen, wohin die Reise in unserem Land geht. Das hat viel mit Selbstachtung und Selbstverwirklichung zu tun, aber auch mit Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Mitmenschen. Und in diesem Sinn will auch der ASP-Kurier als Organ seiner Mitglieder wirken.

Fred Rautenberg



Wolfgang J. Wulf

## Bankenkrise und verfehlte Kapitalismus-Schelte

(Fortsetzung von S. 1)

### Sparkassen ein Anker der Sicherheit – aber globale Kontrollen!

„Erst die Sicherheit und dann die Rendite“ ist das Motto der Sparkassen, und ihr „Drei-Säulen-System“ mit der Abschottung gegenüber den privaten Investoren ist hervorragend und gerade in dieser Zeit ein Anker der Sicherheit. Es ist aufreizend, wenn schon wieder "Experten", gerade solche, welche zu den Versagern in der Vergangenheit gehören, Erklärungen abgeben, dass Sparkassen nicht sicherer als andere Banken sind. Deutsche Sparkassen haben noch keine Kasse aus ihrem Verbund sterben lassen, Banken allerdings gehen pleite. Das Verlangen nach immer mehr Staat ist deshalb genauso wenig erhellend wie in der jetzigen Situation die simple Forderung nach der Selbstregulierung der Märkte. Die Menschen erwarten einen handlungsfähigen Staat, wenn auch keine Aufwertung des Staates.

Die jetzigen staatlichen Hilfen bedeuten eben nicht, den Kapitalismus abzuschaffen. Es wird auch eine Ent-eignung der Banken nicht stattfinden, sondern es werden für alle Maßnahmen und finanziellen Mittel, welche vom Bund gegeben werden, Absicherungen

verlangt. Es muss nur in der Zukunft dafür gesorgt werden, eine starke und effektive Bankenaufsicht zu schaffen. Die neuen Regeln sind über die eigenen Landesgrenzen hinweg in den 27 EU-Regierungen und weltweit abzustimmen. Eine Weltfinanzkonferenz nicht nur mit den G-7-Ländern, sondern auch mit Schwellenländern wie China und Indien ist zu empfehlen.

### Schrumpfende Spielräume

Die Krise wird allerdings für unsere Industrie die Spielräume schrumpfen lassen. Ein Unternehmen mit schwacher Kreditwürdigkeit wird mit einer erhöhten Risikoprämie zu kämpfen haben.

Erfreulich ist zwar, dass viele Mittelständler in der Vergangenheit das Eigenkapital gestärkt haben. Festzustellen ist jedoch, der Abschwung setzt sich weiter fort und ist überwiegend eine Folgeerscheinung des Nachfrageeinbruchs. Es ist davon auszugehen, je besser die Finanzkrise gemeistert wird und das Vertrauen der Menschen in ihr Geld wieder hergestellt ist, umso eher wird auch eine Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft möglich. Allerdings ist vor 2010 ein Aufschwung nicht in Sicht.

### Vertrauen in den Finanzmarkt wieder herstellen

Vertrauen lässt sich nicht befehlen. Die Menschen müssen die Aussagen und Erklärungen der Politik, der Banken und der Wirtschaft begreifen und sie für ausreichend ehrlich empfinden, damit sich dann wieder über ein Gefühl der Sicherheit Vertrauen entwickeln kann. Das sogenannte „Rettungspaket“ zur Stützung des deutschen Finanzsystems mit der gigantischen Summe von 500 Milliarden Euro wird für die Unternehmen und die Bürger wieder einen funktionierenden Finanzmarkt gewährleisten! Es wird so den Menschen verdeutlicht, dass alles getan wird, um den Bürgern in erster Linie Schutz in ihren Nöten zu geben und nicht dubiosen Bankeninteressen zu dienen. Von den Banken, welche Garantien oder Eigenkapitalhilfen in Anspruch nehmen, werden aber Gegenleistungen verlangt. Auch die Ver-

gütungen von Führungskräften sind neu zu regeln.

### Die wirtschaftlichen Gestaltungsräume nutzen

Der Kapitalismus ist der Rahmen für unsere freie und soziale Marktwirtschaft und besitzt damit die Kraft, auch ein menschliches Gesicht zu zeigen. Menschliches Tun ist unvollkommen, und so werden wir stets mit Raffgier, Größenwahn und mit nicht ausreichenden beruflichen Qualifikationen von Führungskräften rechnen müssen. Unverantwortliches Handeln der Betroffenen im Finanzbereich kann und darf aber nicht dafür herhalten, unser Wirtschaftssystem insgesamt in Frage zu stellen. Es muss nur stets darauf geachtet werden, dass Veränderungen auf unserer Welt erkannt, verstanden und dann jeweils die Wirtschaftssysteme neu angepasst und die Gestaltungsräume ausgefüllt werden. Unsere Wirtschaft lebt von Innovationen, Kreativität und freier Denkensart, eine Alternative zu unserer jetzigen Wirtschaftsordnung gibt es nicht!

Dieser Artikel ist im Rhön- und Streuboten am 18. Oktober 2008 auf Seite 6 erschienen unter dem Titel **Bankenunwesen im Bankenwesen führte zur Finanzkrise – Aus der Sicht eines Unternehmers: Der Kapitalismus ist nicht böse, wenn er Veränderungen immer wieder neu angepasst wird.**

Wolfgang J. Wulf ist Vorstandsmitglied im KV Rhön-Grabfeld.

Wollen Sie einen Kommentar zur weltweiten Finanzkrise verfassen?

Ihr Diskussionsbeitrag ist willkommen!

Schreiben Sie an den ASP-Kurier, wie Sie die Lage sehen.

Unsere Adresse finden Sie im Impressum auf Seite 16.

## Deutschland braucht einen Obama

(Fortsetzung von S. 1)

Vogel stellte einleitend fest, dass die Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten weltpolitische Bedeutung habe und dass er und die Zuhörer sich vom heutigen Abend Antworten erwarten, wie sich die USA nach dieser Wahl politisch aufstellen werden. Einige Enttäuschungen in Europa und Deutschland habe es jetzt bereits gegeben, nachdem Obama seine personellen Entscheidungen in der Besetzung der Regierungsgremien bekannt gegeben habe. Es stelle sich die Frage, ob mit diesen Personen die außenpolitische Wende eingeleitet werden kann und ob man in Zukunft mehr von Europa fordere.

### Europa muss mit einer Zunge sprechen

Don F. Jordan verwies zuerst einmal auf die bestehenden Unterschiede zwischen Europa und den USA. Den USA mit ihrem Präsidenten stehe mit der Europäischen Union (EU) ein Gebilde aus 27 Nationalstaaten gegenüber, das mit unterschiedlichen Zungen spreche. In den USA trenne man deshalb die EU in ein „Old Europe“ und ein „New Europe“. Während sich die „neuen“ europäischen Staaten wie Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien usw. über ihre Befreiung freuen und deshalb deren Sicherheitsinteressen vor allem gegenüber Russland im Vordergrund stehen, sind es bei den alten EU-Mitgliedern mehr die wirtschafts- und umweltpolitischen Ziele. Wenn Europa von den USA gehört werden will, müsse es in der Zukunft mit einer Stimme sprechen. Leider klappte die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) schon früher mit 12 Staaten nicht und jetzt wohl erst recht nicht mit 27 Staaten.

Rückblickend stellte Jordan noch einmal fest, dass die amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und George Bush sen. mit ihrer Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion die Befreiung der osteuropäischen Staaten erreicht haben und nicht, wie manche gern glauben möchten, mit dem naiven Slogan „Wandel durch Annäherung“. Die Berliner haben John F. Kennedy Straßen und Plätze gewidmet, ihrer eigentlichen Befreier gedenken sie dagegen nicht. Ein zwielichtiger Arafat er-

hielt den Friedensnobelpreis, aber nicht Männer wie Ronald Reagan oder Helmut Kohl. Dies sei ärgerlich.

### Obama ist eine Ausnahmeerscheinung

Mit der Wahl Obamas, so Jordan, werde ein neues Kapitel in der US-Geschichte aufgeschlagen. Er sei froh, dass dieser die Wahl gewonnen habe, denn er selbst stehe der schwarzen Bewegung nahe. Obama ist kein Schwarzer, wie er hier immer wieder hingestellt wird, er ist ein Dunkelhäutiger. Ein richtiger Schwarzer hätte wohl kaum eine Chance gehabt gewählt zu werden. Obama sei eine Ausnahmeerscheinung mit Potenzial. Er gebe auf die schwierigsten Fragen fundierte Antworten und habe Substanz und Wissen, was seinem Vorgänger fehlte. Obama werde einen anderen Regierungsstil als Bush pflegen, mehr wie Clinton. Dieser war nicht weniger hart als Bush, aber diplomatischer. Obama wird die Europäer anders anpacken. Das Leben Obamas sieht Jordan aber durch den Fanatismus der Selbstmordkultur gefährdet.

### Europäer müssen sich stärker engagieren

Die Europäer dürfen nicht glauben, dass sich mit Obama als Präsident die Außenpolitik gravierend verändern wird. Er wird in bestimmten Regionen die Truppen wesentlich verstärken. Von den Europäern wird er fordern, sich an den Brennpunkten in der Welt und in Afghanistan stärker als bisher zu engagieren. Deutschland komme nicht daran vorbei, mit der Bundeswehr auch in den Süden Afghanistans zu gehen, also dorthin, wo Blut fließt.

Jordan bezeichnete die USA als ein patriotisches Land, in ihrer Mentalität seien die US-Amerikaner moderat militant, während die Europäer ihren EU-Pazifismus pflegen. Das Militär habe im Gegensatz zu Deutschland einen hohen Stellenwert in der Bevölkerung.

### Nach Jordans Ansicht brauche Deutschland endlich einmal einen Obama, um der stetig zunehmenden Politikverdrossenheit zu begegnen.

### Der Kalte Krieg ist nicht vorbei

Jordan stellte fest, dass der „Kalte Krieg“ nach dem Zusammenbruch des



Don F. Jordan bei seinem temperamentvollen Vortrag. (Foto: D. Möckel)

Warschauer Paktes keineswegs vorbei sei, die Welt befände sich wieder mitten drin. Zeichen dafür seien die massiven Konflikte im Rahmen der vorgesehenen Raketenstationierung in Polen und Tschechien und die angedrohte Reaktion der Russen. Auch der Schulterchluss der USA mit der Atommacht Indien als Gegenpol zum Großmachtstreben von China gehöre dazu. Darüber hinaus wollen die USA, anders als Deutschland und andere Europäer, Weißrussland (sic!) und die Ukraine in die NATO holen. Jordan verstehe durchaus die Russen, die das nicht wollen. Auch das sei Kalter Krieg, aber es seien auch die Sicherheitsinteressen der USA. Mit Russland wolle Merkel konzilianter als Obama umgehen. Die Polen und Tschechen stehen hier auf der Seite der USA, und die Franzosen wiederum favorisierten stets das Land, mit dem gute Geschäfte zu machen sind. Jedenfalls werde Obama im Sicherheitsinteresse der USA auch allein tätig werden, das zeigt schon sein Ausruf: „Wir werden Bin Laden jagen, wo wir ihn finden, auch in Pakistan!“

### Obamas Mannschaft

Von Obamas Regierungsmannschaft zeigen sich vor allem die Pazifisten in Europa enttäuscht, denen Jordan vorwirft „links zu reden und rechts zu leben“. Besonders wegen seiner Anknüpfung an sehr viel Altvertrautes, wie die in seiner Siegesrede in Chicago hervor gehobene Bestimmung der großen amerikanischen Nation zur "American (Fortsetzung nächste Seite)

**Deutschland braucht einen Obama** *(Fortsetzung von S. 3)*

leadership" in der Welt und deswegen, weil der Republikaner Robert Gates Verteidigungsminister bleiben soll. Da kann auch die angekündigte und längst überfällige Schließung

selbst mit überzogenen sozialen Forderungen. Mit einer geänderten Steuerpolitik werde er die Rückholung unterstützen. Solche Maßnahmen würden Deutschlands Autobauer besonders hart treffen. Hier sei das Verhandlungsgeschick der Bundeskanzlerin Merkel besonders gefragt. Jordan stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob sich die

**Deutschland wird respektiert**

Der deutsche Weg müsse sich in Zukunft ändern, denn Afghanistan liege näher an Europa als an den USA. Es werde ein schwerer Weg für die Bundeskanzlerin werden. Obamas Popularität in Europa werde es ihr schwer machen, seine Wünsche auszuschlagen. Deutschland sei aber, anders als Frankreich, in den USA respektiert. Das "Raus" aus der NATO und der damalige Hinauswurf der Amerikaner habe man den Franzosen nie vergessen, deshalb konnten französische Firmen wie z.B. Peugeot und Citroen in den USA nie Fuß fassen.

Außenpolitische Themen spielten im amerikanischen Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle. In der sich anschließenden Diskussion ging aber Jordan ausführlich darauf ein. Vom gesamten Nahen Osten über Afghanistan, China, Taiwan bis nach Russland und Afrika nahm er dazu Stellung aus der Sicht eines US-Amerikaners, dabei verstand er es geschickt, mit dem einen oder anderen politischen Witz die Zuhörer zum Lachen zu bringen.

Der ASP-Bezirksvorsitzende Ullrich Seelmann dankte, unter dem lang anhaltenden Beifall der Zuhörer, Don F. Jordan für den gelungenen Vortrags- und Diskussionsabend und überreichte ein Würzburger Weinpräsent.



Von links nach rechts: ASP-Bezirksvorsitzender Ullrich Seelmann, Don F. Jordan, Paul Hufnagel von der Hanns-Seidel-Stiftung und Ulrich Bucher vom ASP-Kreisverband Rhön-Grabfeld *(Foto: F. Rautenberg)*

Guantánamos sowie die Gesprächsbereitschaft mit den sogenannten Schurkenstaaten die Stimmung nicht heben. Der lahmen UNO wolle Obama mit seiner designierten US-Botschafterin Susan Rice gehörig Dampf machen. Ihr Arbeitsschwerpunkt ist der Kampf gegen den Völkermord in der Welt. Gerade in Afrika habe die UNO wieder einmal viel zu spät reagiert, um dem Despoten Robert Mugabe in Simbabwe das Handwerk zu legen.

**Mehr Protektionismus**

Gegenüber den Gewerkschaften, deren Mitglieder ihn mehrheitlich gewählt haben, habe er ein schwieriges Versprechen einzulösen, was zu mehr Protektionismus im freien Welthandel führen kann. Den Automobilwerkern will er einen großen Teil der ins Ausland abgewanderten Arbeitsplätze zurückholen. Eine maßgebliche Schuld daran trugen die US-Gewerkschaften

USA überall in der Welt zurückziehen und alles dicht machen sollten. Deutschland mit seiner fast sozialistischen Glückseligkeit würde sich ganz besonders wundern. Diese Insel der Glückseligkeit halte sich sehr auf Kosten anderer. Man müsse klar sehen, dass vom Tode amerikanischer Soldaten an den Krisenherden der Welt besonders die Mercedes, Bosch und BMW profitieren. Für einen freien Welthandel erwarten die USA in Zukunft mehr Loyalität, mehr Geld, aber auch die Bereitschaft zum Einsatz des Lebens.



*Don F. Jordan, geb. 1941 in New York als Sohn dt. Eltern, Vater dt. Diplomat vor 1933 und nach 1952; Jordan studierte in Miami, wurde Journalist; 1966 bei der Deutschen Welle, Mitarbeit bei verschiedenen deutschsprachigen Rundfunk- und Fernsehsendern; jetzt freier Journalist.*

## Kollektive Sicherheit – ein Monopol der UN? Anspruch und Wirklichkeit der Weltorganisation

**Bad Kissingen. (frr) Im Rahmen eines Seminarvortrags zum Thema „Mitteleuropa“ auf dem Heiligenhof in Bad Kissingen fragte der General der Bundeswehr a. D. Manfred S. Eisele, ob die Herstellung und Bewahrung von kollektiver Sicherheit ein UN-Monopol sei. Die Antwort war: vom Anspruch her ja, von der Realität her nein.**

Das berühmte Stalin-Zitat „Wie viele Divisionen hat der Papst?“, das Eisele an den Anfang seiner Ausführungen setzte, hätte fast schon als Resümee dienen können, wenn man „Papst“ durch „Vereinte



General a. D. Manfred S. Eisele bei seinem Vortrag im Heiligenhof in Bad Kissingen  
(Foto: F. Rautenberg)

Nationen“ ersetzt hätte. Mit dem Zitat gab der langjährige Mitarbeiter des UNO-Generalsekretärs Kofi Annan eine weit verbreitete Verachtung für eine Institution wieder, deren Fähigkeiten scheinbar und weitgehend nur im Bereich des Moralischen liegen. Diese Verachtung wurde den VN von vielen Mächten entgegengebracht, u. a. auch von den USA, die sich 2003 über den Weltsicherheitsrat hinwegsetzten und ohne dessen Billigung in den Irak einmarschierten.

### Begriff der kollektiven Sicherheit

Mit diesem Beispiel aus der jüngsten Zeitgeschichte wurde erkennbar, dass Eisele von einem erst in den letzten Jahren erweiterten Begriff der kollektiven Sicherheit ausging. Nach diesem wird Sicherheit heute auch im Sinne gemeinsamen Handelns von Staaten („Koalition der Willigen“) in jenen Fällen verstanden, in denen

international anerkannte Normen zwischen Staaten oder auch innerhalb von Staaten verletzt werden.

### Deutschlands Selbstverpflichtung

Wie steht es aber mit Deutschland und seiner Treue zur UN-Charta, fragte der Referent. Im Artikel 24 (2) GG hat sich die Bundesrepublik die Möglichkeit gegeben, „sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit ein-(zu)ordnen“, dabei Beschränkungen seiner Hoheitsrechte hinzunehmen, wenn sie eine friedliche und dauerhafte Ordnung in der Welt herbeiführen. Im sog. „2+4-Vertrag“ von 1990 verpflichtete sich unser Land erneut, bewaffnete Kräfte nur im Einklang mit dem Grundgesetz und der Charta der UN einzusetzen.

### Blauhelm-Einsätze nach Kassenlage?

Nach dem Artikel 24 (1) der UN-Charta liegt „die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ beim Sicherheitsrat, der im Namen der Mitglieder der VN handelt. Besser: handeln sollte! Eisele zählte eine Reihe von Fällen auf, bei denen ein UNO-Einsatz erforderlich gewesen wäre, aber nicht erfolgte; so etwa in Nordirland (sic!), im Baskenland (sic!), in Tschetschenien, in China beim Aufstand der Uiguren, zuletzt in Birma, wo die herrschende Junta brutal die Protestbewegung des Volkes niederschlug.

Einsätze, so Eisele, kann sich die UNO auch nur dann leisten, wenn sie die entsprechenden Ressourcen hat. Die Weltorganisation ist auf das Geld der Mitgliedsländer angewiesen, ebenso auf die Soldaten, die diese zu stellen bereit sind. Das funktioniert nicht immer reibungslos. Die Blauhelmsoldaten rekrutieren sich aus über 160 Nationen, bringen für den Einsatz einen sehr unterschiedlichen

Ausbildungsstand mit, so dass ein abgestimmtes Vorgehen manchmal fast unmöglich ist. Hinzu kommt, dass die Mitglieder-Nationen sich von eigenen Interessen leiten lassen und sich u. U. weigern, ihrer Zahlungs- und/oder Truppenstellungs-Pflicht nachzukommen.

Wenn die Interessen der (großen) Mächte mit denen der UNO übereinstimmen, dann kommt es auch zu einem Einsatz mit UN-Mandat. Das war etwa der Fall, so Eisele, als die USA, Amerikaner und die Briten im Irak einmarschierten, um die Kurden und Schiiten vor den Verfolgungen Saddams Husseins zu schützen. Die UN-Resolution 1368 vom 12. September 2001 ermächtigte die USA, alle Formen von Terrorismus zu bekämpfen. Diese Resolution, sagte Eisele, bildet auch die Rechtsbasis für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan.

### Die Möglichkeiten regionaler Mächte

Nach dem 2. Weltkrieg setzte der damalige amerikanische Präsident F. D. Roosevelt gegen Churchills Idee von mehreren Regionalorganisationen

(Fortsetzung nächste Seite)



Mit Manfred S. Eisele unterhalten sich der ehemalige Präsident des Bayerischen Landtags Johann Böhm sowie Ulrich Bucher, Kreisvorsitzender des ASP Rhön-Grabfeld.

(Foto: F. Rautenberg)

## Kollektive Sicherheit – ein Monopol der UN?

(Fortsetzung von Seite 5)

durch, dass nur eine Weltorganisation für den Erhalt des Friedens zuständig sein soll. Churchills Vorstellungen flossen allerdings in den Artikel 52 der UN-Charta ein, nach dem regionale Abmachungen getroffen werden können, die ebenfalls dem Erhalt des Friedens dienen, sofern sie mit den Zielen und Grundsätzen der UN übereinstimmen. Der Sicherheitsrat behält sich allerdings das Monopol vor, friedenssichernde oder friedenserhaltende Maßnahmen dieser Art zu autorisieren.

Auf diese Weise haben sich verschiedene Formen der Zusammenarbeit zwischen regionalen und globalen Mächten entwickelt, so etwa mit der Arabischen Liga, der Konferenz Islamischer Staaten, der Afrikanischen Union, dem Verband südostasiatischer Staaten (ASEAN), der OAS (Organization of American States), der NATO oder der EU. Letztere haben noch am ehesten die operativen Möglichkeiten zur Implementierung humanitärer Missionen im Auftrag der UNO, betonte Eisele.

Besonders in Afrika komme dem Eingreifen regionaler Organisationen große Bedeutung zu, aber auch in Europa auf dem Balkan: Als die NATO dort gegen die Serben unter Milosewitsch vorging, verstieß sie zwar gegen den Buchstaben, nicht aber gegen den Geist der UN-Charta. Vom Sicherheitsrat sanktioniert ist auch der NATO-Einsatz zur Friedensbewahrung im Kosovo (Resolution 1244 vom Juni 1999), bei dem sich auch die Russen mit einem Truppenkontingent beteiligten. EUFOR-Truppen wurden 2003 im Kongo erfolgreich eingesetzt, nachdem Frankreich vom damaligen Generalsekretär der UNO Kofi Annan um Hilfe gebeten worden war. Eine ähnlich erfolgreiche Operation leistete die EU 2006, als es um die Sicherung der Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo ging.

In anderen Fällen, besonders in Sudan-Darfur, ging und geht das Mandat kläglich daneben: Von den angeforderten 20 000 Blauhelmen sind gerade mal knapp 8 000 vorhanden, zudem ungenügend ausgerüstet, so dass es unmöglich



Übernationale Organisationen, die ggf. Aufgaben der Vereinten Nationen übernehmen. Nicht eingezeichnet sind Bündnisse wie die NATO, die Organisation Amerikanischer Staaten oder die Afrikanische Union.

ist, das riesige Gebiet unter Kontrolle zu halten, die Plünderung von Hilfskonvois zu unterbinden und brutale Verstöße gegen die Menschenrechte zu verhindern. China blockiert wegen seiner Rohstoffinteressen im Sudan nach Möglichkeit jede Maßnahme gegen die Militärdiktatur unter Umar Hasan Ahmad al-Bashir, dem u. a. wegen Völkermords vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag der Prozess gemacht werden soll. Im Sudan versagt die Zusammenarbeit der UN mit regionalen Organisationen.

### Einschränkung des Gewaltmonopols der VN

Da die Staaten nach Artikel 51 der UN-Charta das „naturegegebene Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung“ haben, bedeutet dies, dass die UN kein ausschließliches Gewaltmonopol besitzen. Eisele vertrat im Weiteren aber die Auffassung, dass das Prinzip der Unantastbarkeit der nationalen Souveränität, einst 1648 nach dem Dreißigjährigen Krieg festgelegt, längst nicht mehr den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht. Er forderte, dass aus den Menschenrechten, wie sie eben die UNO formuliert hat, vor allem aus dem Anspruch der Menschen auf ihre Würde, sich eine *responsibility for protection*, eine Schutzverantwortung der

Völkergemeinschaft ableitet, denen staatliche Souveränitätsansprüche unterzuordnen sind.

### Fazit

Manfred Eisele hatte die Themenfrage seines Vortrags mithin so beantwortet: Die VN beanspruchen in der Tat das Monopol auf Maßnahmen zur Schaffung einer kollektiven globalen Sicherheit, dem sich auch nationale Souveränitätsrechte unterzuordnen haben. Aber sie sind nur eingeschränkt in der Lage, dieses Monopol auch durchzusetzen, so dass sie – *nolens volens?* – sich auch der Unterstützung von regionalen völkerrechtlichen Strukturen bedienen müssen. Vieles bleibt Wunschdenken, scheitert an praktischen und organisatorischen Defiziten und vor allem daran, dass sich der Gedanke der Schutzverantwortung noch keineswegs bei allen Mitgliedstaaten der UNO durchgesetzt hat und somit die Menschenrechte, um die es der UNO ja primär geht, noch allzu oft der Willkür menschenverachtender Potentaten ausgeliefert sind.

### Manfred Eisele, Buchautor:

Über seine Erfahrungen in New York und die Schwierigkeiten mit dem Einsatz von UN-Soldaten aus den verschiedensten Kulturkreisen berichtete der ehemalige Generalmajor der Bundeswehr als einer der Stellvertreter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen. Er war sozusagen der oberste Blauhelm im "Department for Peace-Keeping Operations" und damit zuständig für die militärischen Einsätze der VN.

Titel seines Buchs: *"Die Vereinten Nationen und das internationale Krisenmanagement. Ein Insiderbericht". (Frankfurt, erschienen 2000)*

Ulrich Feldmann:

## Kaukasus - Quo vadis?

(Teil 2 der Dokumentation von der 4. Ausgabe, Sept. 2008)



### 10 Tage veränderten die Weltpolitik

Im Folgenden werden die letzten Tage vor Ausbruch des Georgien-Krieges und der Verlauf der 5-tägigen Kampfhandlungen beleuchtet, um die Irrationalität dieses ungleichen Waffengangs zu verdeutlichen.

- 3.8.08: Feuertreffen in Süd-Ossetien (SO) mit 6 Toten und 13 Verletzten
- 4.8.08: Das russische Außenministerium sieht Bedrohung durch groß angelegte Kriegsoperationen.
- 5.8.08: Georgien und die abtrünnige Provinz SO beschuldigen sich gegenseitig.
- 6.8.08: Direkte Gespräche vereinbart – Treffen mit russischem stellv. Außenminister angekündigt. Gleichzeitig aber:
- 7.8.08: Georgisches Mörserfeuer auf süd-

ossetische Siedlung; Russische Friedenstruppe meldet: Südossetische Milizen nicht mehr unter Kontrolle; Forderung Georgiens nach sofortigen Friedensgesprächen mit Russland; Beginn der Evakuierung von Zchinwali, der Hauptstadt von SO; Verlegung georgischer Panzer nach Gori, nahe der Grenze zu SO

8.8.08: Beginn der Olympischen Spiele in Peking  
Beginn des Angriffs georgischer Verbände auf SO  
Russische Truppen riegeln SO ab – Russland: Verstärkungen werden aus Nord-Ossetien herangeführt – die russische Luftwaffe bombardiert

Ziele im georgischen Hinterland.  
Zweck: Versorgung der georgischen Kräfte zu zerstören  
Generalmobilmachung in Georgien – Rückholung des georgischen Irak-Kontingents mit Hilfe der US- Luftwaffe; Zerstörung der georgischen Lw-Verbände am Boden

- 9.8.08: Ein Tag nach Beginn der Kämpfe: bereits 1400 Tote.  
Georgische Truppen können zu nächst Zchinwali erobern, müssen es jedoch gleich wieder aufgeben. Die Stadt wird fast vollständig zerstört. Die russische Marine versenkt alle 20 georgischen Schwarzmeer-Einheiten.
- 13.8.08: Einstellung der Kämpfe – georgische Einheiten werden aus SO vertrieben bzw. flüchten. – Russische Verbände rücken ins georgische Kernland vor und zerstören die einst mit US-Hilfe aufgebauten Militärbasen.

## 1. Schicksal der Bevölkerung: UNHCR meldet: Bilanz des Kampfes zwischen „David und Goliath“

- 1771 Soldaten und Zivilisten getötet
- 128 000 Georgier sind auf der Flucht aus SO und den grenznahen Gebieten, wo russische Truppen eine sog. „Pufferzone“ besetzt halten.
- Flüchtlinge berichten über Vertreibungen, „ethnische Säuberungen“ durch südossetische Milizen und Kriegsverbrechen von russischen Truppen wie Plünderungen, Brandschatzungen und Morden im georgischen Kernland (Hafenstadt Poti am Schwarzen Meer).
- Die Zahl der nach dem Krieg 1993 im Land Vertriebenen – im UN-Sprachgebrauch „displaced persons“ genannt – steigt somit von 250 000 auf 380 000. Ihr Schicksal ist ein Leben in großer Armut in Lagern ohne Chance auf Rückkehr in ihre Heimat.

### 2. Lageentwicklung bis heute:

17.8.08: Die EU-Ratspräsidentschaft handelt einen Friedensplan mit Russland aus. Darin wird eine Genehmigung zusätzlicher Sicherheitsmaßnahmen durch die russischen „Friedenskräfte“ erteilt. Dies wird von Russland als Erlaubnis zum Verbleiben in einer Pufferzone im georgischen Kernland ausgelegt.

21.8.08: Russische Truppen halten weiterhin eine Pufferzone im Kernland besetzt. Die NATO setzt die Zusammenarbeit mit Russland im NATO-Russland-Rat bis

zum Abzug der russischen Truppen aus.

22.8.08: Russland setzt seinerseits die Zusammenarbeit mit der NATO aus.

28.8.08: Russlands Präsident Dimitri Medwedew verkündet einseitig die Anerkennung der Unabhängigkeit der Provinzen SO und Abchasien. Begründung: Das aggressive Verhalten Georgiens habe ihm keine Wahl gelassen.  
Bundeskanzlerin A. Merkel verurteilt die Maßnahme als Verstoß gegen das Völkerrecht in scharfer Form.

29.8.08: Russische Truppen verlassen das georgische Kernland. Ankündigung des russischen Präsidenten: 8000 Mann verbleiben in den Provinzen. Zwei große Militärstützpunkte werden dort eingerichtet. Der Europa-Rat wird beauftragt, die Ursachen und Schuldigen für den Krieg zu ermitteln.  
Ergebnis: Beiden Seiten wird vorgeworfen, Mitschuld am Krieg zu haben.

### 3. Ursachen/Begründungen aus russischer Sicht:

– Ein Befreiungsschlag für die russische Volksseele, denn seit dem Zerfall der SU fühlten sich die Russen vom Westen, vor allem der NATO, immer wieder erniedrigt. So mussten die NATO-Osterweiterung, die Bombenangriffe gegen Serbien, der Ein-

marsch im Kosovo und die Anerkennung des Kosovo sowie die US-Raketenabwehrpläne (Polen, Tschechien) zähneknirschend hingenommen werden.

– Jahrelang verfolgten die russischen Generale das Militäringagement der USA vor ihrer Haustür mit geballter Faust in der Tasche.

### 4. Ziele des russischen Eingreifens:

- Georgien wird für seine ausgeprägte Westausrichtung (Antrag auf NATO-Mitgliedschaft, US-Militär und -Waffen im Land) bestraft.
- Bestrafung der USA für die Aufrüstung der georgischen Armee
- Die Ausbreitung der NATO in Russlands „weichem Unterleib“ und strategischem Hinterland am Kaukasus muss verhindert werden.
- Die Etablierung einer Einflusszone mit Interventionsrecht außerhalb der russischen Staatsgrenzen nahe an den lebenswichtigen Öl- und Gas-Pipelines Richtung EU
- Sturz des georgischen Präsidenten und Einsetzung eines Moskau-gefügigen Regimes
- Schutz der Sicherheit russischer Staatsbürger im benachbarten Ausland
- Demonstration als strategische Macht in einer „Neuen Weltordnung“

## Die Landtagswahlen – gut gekämpft und doch verloren?

Ein Nachwort von Fred Rautenberg



Der damalige bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein bei seiner Rede zur Wahlkampf-Abschlusskundgebung der CSU in Würzburg am 23.09.2008 (Foto: F. Rautenberg)

Die Ohren klingelten einem, die Medien überboten sich mit ihren Sensationsmeldungen und giftig-befriedigten Kommentaren. Man konnte es nicht schon mehr hören: Die CSU hatte bei den Landtagswahlen am 28. September 2008 eine "erdbebenartige" Wahlschlappe erlitten. Hinter den Bewertungen des Wahlausgangs durch die Kommentatoren verbarg sich kaum noch verhüllt Genugtuung und Hämme.

Freilich hat unsere Partei eine bittere Niederlage einstecken müssen, denn gemessen an der Anzahl der Sitze im Bayerischen Landtag ist es hart, dass die CSU nach über 40 Jahren, in denen sie allein die

der Stimmen überdeutlicher Wahlsieger und wurde dafür geschmäht und versank zeitweise selbst in Leichenbitterstimmung; die Grünen erzielten 9,4 %, die FDP schaffte gerade mal 8 %, und die SPD mit ihren 18,6 % fuhr das schlechteste Ergebnis ihrer bayerischen Geschichte ein, und trotzdem jubelten sie alle und gebärdeten sich wie die eigentlichen Sieger. Das soll einer noch verstehen! Am ehesten konnte man von einem Achtungserfolg der Freien Wähler sprechen, die erstmals die 5-Prozent-Hürde überspringen konnten und damit in den Landtag einzogen.

Nun gut, die absolute Mehrheit ist zu nächst einmal dahin für die CSU. Das ist

kein Weltuntergang. Die CSU wird auch mit einem Koalitionspartner die maßgebliche Partei in Bayern bleiben, auch wenn sie in einigen Bereichen Kompromisse eingehen muss und einige Ministerposten abgibt. Die nächsten fünf Jahre sollte die CSU begreifen als eine Periode, in der sie sich neu und wieder bewähren kann, um so das teilweise verlorene Vertrauen der bayerischen Bürger zurückzugewinnen. Dazu wird es auch nötig sein, dass diese Partei nach einer gründlichen Gewissenserforschung und Selbstanalyse ihre politischen Vorhaben, ihre Entscheidungen und vor allem ihre Verdienste den Wählern genauer erklärt und verständlich macht. Das Motto muss sein: Tue Gutes und rede darüber! Die CSU sollte z. B. das „S“ in ihrem Parteinamen künftig deutlich mehr in den Vordergrund stellen. Die Parole "Mehr Netto vom Brutto", so berechtigt sie war, kam etwas sehr spät im Wahlkampf. Den Spitzenpersonen der Partei, die nun zurücktraten, um neuen Kräften das Regieren und Führen zu übertragen, kann der Kommentator aber Respekt und Anerkennung nicht versagen. Wer sie erlebt hat: Erwin Huber, Günther Beckstein und vor allem auch Christine Haderthauer, der weiß, mit welchem Einsatz und mit welcher Leidenschaft sie um jede Stimme gekämpft haben. Es ist zu begrüßen, dass sie der CSU und der künftigen Staatsregierung mit ihrer Erfahrung und ihren Fähigkeiten in angemessener Weise erhalten bleiben.



Dr. Bernd Weiß, Abgeordneter für den Wahlkreis Rhön-Haßberge, jetzt Staatssekretär im Innenministerium, im Gespräch mit Barbara Stamm, der neuen Präsidentin des Bayerischen Landtags. Zwischen den beiden Pia Beckmann, die ehemalige CSU-Bürgermeisterin von Würzburg.

### Bild rechts:

Erwin Huber und Christine Haderthauer begrüßen die Besucher der Kundgebung auf dem Weg zum Podium. Trotz des miserablen Wetters waren viele Hundert Besucher auf den Marktplatz von Würzburg gekommen.



Am 23. September 2008 fand die zentrale Abschlusskundgebung der CSU zu den Landtags- und Bezirkstagswahlen in Würzburg statt. Hier einige Impressionen von der Kundgebung.

(Alle Fotos: F. Rautenberg)

## Werden Soldaten nach Schusswaffengebrauch allein gelassen ?

Ein Kommentar von Ulrich Bucher, Kreisvorsitzender ASP Rhön-Grabfeld

**Ehemalige und aktive Soldaten werden wohl überrascht, bass erstaunt, verunsichert und besorgt gewesen sein zu hören, dass die Fürsorgepflicht des Dienstherrn dann anscheinend endet, wenn ein Soldat beim gezielten Schusswaffengebrauch im Rahmen gegebener Befehle eine Person verletzt oder getötet hat.**

Zuerst kommt der Staatsanwalt! Selbst wenn am Ende keine Anklage erhoben werden kann – bis zum Abschluss der Ermittlungen steht der „Täter“ unter Druck. Nun durfte man annehmen, dass Letzterem seitens des Dienstherrn anwaltliche Unterstützung zuteil würde. Weit gefehlt offenbar – zumindest bisher – der Betroffene muss sich selbst darum kümmern und darf am Ende auch noch die – meist saftige – Rechnung des Verteidigers bezahlen. Das soll nun endlich anders werden, wie man hört.

Aber muss denn erst der Bundeswehrverband Protest erheben, bis die Politik reagiert? Warum hatte man diese unzulängliche Regelung der Fürsorgepflicht nicht schon längst im Ministerium erkannt und beseitigt? Oder galt bisher

unausgesprochen die Maxime, dass deutsche Soldaten niemals mehr in solch gefährliche Situationen gebracht werden dürfen und folglich keine entsprechende Vorsorge getroffen werden musste? Möglicherweise haben die Verantwortlichen den Begriff „Friedensmissionen“ falsch interpretiert?

Als ehemaliger Soldat kann ich mich nicht erinnern, dass in all den Jahrzehnten der Ausbildung die genannten Fakten uns bewusst gemacht wurden. So was kam einfach nicht vor. Man muss sich einmal vorstellen, wie man eine wirklich kriegerische Situation staatsanwaltlich handhaben will, wenn durch laufende Kämpfe zahlreiche Tote auf beiden Seiten zu beklagen und die jeweiligen „Täter“ im Einzelfall überhaupt nicht feststellbar sind. Haben wir da ein "Kriegsrecht"? Jedenfalls sollte die Truppe für diese Fälle eine sichere gesetzliche Basis bekommen, ansonsten könnte sich die Unwägbarkeit des persönlichen Risikos als Gift für die Truppenmoral und als

Nachwuchshemmer erweisen.



### Hintergrund zu dem Kommentar von Ulrich Bucher:

Im August 2008 sind drei afghanische Zivilisten an einem Checkpoint von afghanischer Polizei und deutschen Isaf-Soldaten getötet worden. Die Opfer saßen in einem von zwei Fahrzeugen, die trotz heftiger Warnzeichen der Sicherheitskräfte auf den Kontrollposten zurollten.

Der Vorfall wird nun juristisch untersucht.

Ihm war eineinhalb Tage zuvor ein Anschlag auf eine Bundeswehr-Patrouille vorausgegangen, bei dem ein deutscher Hauptfeldwebel den Tod fand.

*Die Redaktion des ASP weist darauf hin, dass der Inhalt von Leserbriefen und Kommentaren grundsätzlich die Ansicht der Einsender wieder gibt, die mit der Meinung der Redaktion nicht unbedingt übereinstimmen muss.*

## Hurra, endlich tut die Bundeswehr etwas für den Naturschutz!

Ein Kommentar von Edgar von Schoen

Hurra! Endlich wird in der Bundeswehr etwas für den Naturschutz getan. Diesen Eindruck könnte man bekommen. Es wurde nun nämlich laut Bericht der Saale-Zeitung v. 27.9.2008 eine wegweisende Vereinbarung abgeschlossen über den Schutz von Natur und Landschaft auf militärisch genutzten Flächen im Freistaat Bayern gemäß Verlautbarung der Wehrbereichsverwaltung Süd. Vertragsunterzeichner sind die Vertreter des Freistaates Bayern, des Bundesministers der Verteidigung und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA).

Seit Jahrzehnten ist aber die Zusammenarbeit zwischen Truppe und Wehrverwaltung und – soweit Belange des Bundesforsts berührt wurden – auch mit diesem zugunsten des Naturschutzes vorbildlich und erfolgreich. Dies geschah und geschieht, trotz des Zweckes von Truppenübungs- und Schießplätzen, nämlich die militärische Ausbildung durchzuführen, immer unter – oft vorrangiger Berücksichtigung – des wichtigen Naturschutzes. Die Aufgaben wurden im Bereich des Bundesministers der Verteidigung unter Nutzung der eigenen Weisungs- und Befehlskette erledigt, so dass sich die Frage stellt, wozu die wohl vom Verteidigungsministerium gegründete BIMA auch noch als Vertragspartner beteiligt worden ist.

Die BIMA, vermutlich auch eine kostenträchtige Einrichtung zu Lasten des Steuerzahlers, ist zumindest, was die Verwertung der ehemaligen Hainberg-Kaserne in Mellrichstadt betrifft, bisher völlig erfolglos geblieben.

Die Truppe, personell und materiell längst nicht mehr annähernd ausreichend ausgestattet, die aber unsere Soldaten für kriegsähnliche Einsätze bestmöglich auszubilden hat, bekommt einen neuen Bürokratieschauplatz. Der neue Vertrag wird Erlasse, Befehle, Weisungen u.ä. nach sich ziehen. Alles ist dann beim „Endverbraucher“ Truppe und sicher auch von der jeweiligen Standortverwaltung, die heute den hochtrabenden Namen „Bundeswehrdienstleistungszentrum“ zu führen hat, umzusetzen und zu beachten.

## ASP Bezirk Unterfranken erhält Zuwachs

**Steffen Vogel und Christian Schneider von der Jungen Union wollen den neuen ASP-Kreisverband Haßberge gründen**



JU-Bezirksvorsitzender Steffen Vogel (rechts) im Gespräch mit Herrn Bernd Thielmann bei der vorbereitenden Gründungsversammlung in Augsburg.



Ullrich Seelmann (rechts) informiert Christian Schneider (Mitte), über die Ziele und Arbeitsweise des Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises. Er wird dabei von Ulrich Bucher assistiert.

**Augsfeld. (frr) Erfreuliche Nachricht aus Augsburg bei Haßfurt: Ein neuer Kreisverband des ASP soll noch vor dem Frühjahr aus der Taufe gehoben werden. Dafür stellten Ullrich Seelmann, Steffen Vogel und Ulrich Bucher die Weichen.**

Ulrich Bucher, Vorsitzender des ASP-KV Rhön-Grabfeld, und der Bezirksvorsitzende der JU Unterfranken Steffen Vogel hatten während des vergangenen Landtags-Wahlkampfes Kontakt aufgenommen und wurden nun bei ihrer Planung des neuen Kreisverbands vom ASP-Bezirksvorsitzenden Ullrich Seelmann tatkräftig unterstützt. So kam es zu dem Treffen im Hotel Goger in Augsburg. Steffen Vogel hatte auch gleich einen engagiert wirkenden jungen Mann mitgebracht, den die Aufgabe reizt, den neuen Verband zu leiten, und der sich an der Planung und Organisation aktiv beteiligte: Christian Schneider, Leutnant der Reserve mit Kosovo-Erfahrung, Stadtrat in Haßfurt und zugleich stellv. CSU-Ortsvorsitzender sowie stellv. Kreisvorsitzender der JU.

Gemeinsam erarbeitete man ein zeitliches Raster für das weitere Procedere und wie man aus dem CSU-Kreisverband

noch mehr Mitglieder für den ASP gewinnen kann – zu den sieben Interessenten, die Steffen Vogel schon geworben hatte.

Ullrich Seelmann lud gleich die beiden lokalen Initiatoren zu der für Ende November geplanten Jahresabschlussitzung des Bezirksvorstands nach Hammelburg ein. Seelmann und Bucher informierten die beiden Herren aus dem Landkreis Haßfurt über die Satzung, die Struktur, die Ziele und die praktische Arbeit des ASP auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene.

Hauptinteressen- und Tätigkeitsfelder des ASP, führten sie aus, sind die Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik, Felder des nationalen und internationalen Interagierens, die oftmals sehr eng miteinander verflochten sind und denen man über den engen Blickwinkel einer Kirchturmpolitik hinaus volles Augenmerk zukommen lassen muss. Denn was in der Welt geschieht hat oft genug direkte und u. U. auch höchst unangenehme Auswirkungen auf Deutschland und seine Bürger. Es ist nicht gleichgültig, welche Richtung Länder wie die USA, China oder Indien oder der afrikanische Kontinent in ihrer Entwicklung nehmen, ganz zu schweigen von dem, was unmittelbar in unserem europäischen Haus geschieht.

Die beiden Vertreter des Bezirksverbands konnten auch auf namhafte Mitglieder im unterfränkischen Bezirksverband verweisen, so vor allem auch auf unsere Europa-Abgeordnete Dr. Anja Weißgerber aus Schweinfurt und die Abgeordnete im Deutschen Bundestag, Frau Dorothee Bär aus Ebelsbach im Landkreis Haßberge.

Die Initiatoren nehmen gern weitere Interessenten auf. Ein Anwesender im Hotel Goger hat sich schon zur Mitarbeit entschlossen: Herr Bernd Thielmann will aktiv im neuen ASP-Verband mitarbeiten. Ihm, dem neuen Kreisvorsitzenden Christian Schneider, Herrn Steffen Vogel und allen neuen Mitgliedern wünscht der ASP-Kurier viel Erfolg bei ihrer Arbeit. Sie werden gewiss die Faszination spüren, die von dem Geschehen in der Welt unserer Tage ausgeht, eine Faszination, die sie wahrscheinlich schon kennen, aber im ASP sicher noch verstärkt erleben werden.

## Barack Obama ist nicht zu beneiden

**Riesige Probleme erwarten den neuen Präsidenten**

**Mellrichstadt. (UB/frr) Bei seinem November-Dämmeressen im Hotel Sturm stellte Ulrich Bucher vom ASP Rhön-Grabfeld fest, dass Barack Obama mit einer beängstigenden Fülle von außen- und innenpolitischen Problemen zu kämpfen haben wird.**

Beispiele für die Probleme Obamas: Finanzkrise in den USA, mündend in eine globale Wirtschaftskrise; Terrorgefahr, Gefährdung der Rohstoffzufuhr durch Seeräuberei, die USA selbst in einer tiefen gesellschaftlichen Krise, Ansehensverlust dieses Landes in der Welt, zwei Kriege im Irak und in Afghanistan u.v.m. Und alle diese Probleme harren einer Lösung.

All das geht aber auch uns an. Denn die Finanzkrise trifft auch uns ins Mark mit Geldverlust, Exporteinbruch, Pleiten, Verlust von Arbeitsplätzen, einer europaweiten Rezession als Folge.

Das katastrophale Versagen der Regierung von George W. Bush, aber auch das mitreißende Charisma von Obama wurden als Ursache für den Wahlsieg genannt. Obama kann jedoch nicht der Retter der ganzen Welt sein. Schon die Probleme in seinem eigenen Land sind eine gigantische Aufgabe. Der Spielraum für seine Pläne ist drastisch eingengt, finanziell und sicher auch politisch. Obama wird Forderungen an uns stellen, aber hoffentlich in einem veränderten Ton. Wir in Europa und Deutschland müssen aber auch an den neuen Präsidenten unsere Ansprüche anmelden.

Fazit der Aussprache: Obama wird bereits dann einer der ganz großen Präsidenten seines Landes sein, wenn er nur ein Fünftel der Probleme lösen kann, die auf ihn und seine Mitstreiter warten.

Wollen Sie bei den Haßfurtern mitmachen? Sie finden die Kontaktadressen auf Seite 16 oben!

Bericht Wolfgang Sommerfeld:

## "China, Weltmacht des 21. Jahrhunderts?"

**In Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung veranlassten der ASP-Kreisverband Bad Kissingen und die Hammelburger Senioren-Union der CSU eine Vortragsveranstaltung zum Thema „China – Weltmacht des 21. Jahrhunderts?“, die im Gasthaus „Zum Stern“ in Hammelburg-Obererthal durchgeführt worden ist.**

Der Kreisvorsitzende Ullrich Seelmann konnte unter den interessierten Zuhörern die Kreisrätin Paula Vogler, Neuwirtshaus, Altbürgermeister Elmar Hartung, den stellvertretenden Landesvorsitzenden des ASP, Paul Hufnagel, Hammelburg und den Ortsvorsitzenden der Hammelburger Senioren-Union Peter Klaje begrüßen.

Nach einer kurzen Vorstellung der Hanns-Seidel-Stiftung und ihrer Aufgabenstellung durch Paul Hufnagel kam der Referent, Dr. Andreas Wilhelm M.A., Dozent an der Universität Erlangen-Nürnberg und ein ausgesprochener China-Kenner und Asien-Spezialist zu Wort.

Aufmerksam verfolgten die Zuhörer seinem gekonnt und auch spannend gehaltenen Vortrag, der viele Aspekte über die Chinesischen Menschen, ihre Mentalität, ihre Geschichte, ihren Stolz, aber auch den nicht zu verleugnenden Rassismus vermittelte, Dinge, die uns Europäern einfach fremd sind.

In der anschließenden Diskussion kam aber auch die Frage auf, warum wir 80 Millionen Europäer deutscher Staatsangehörigkeit uns das Recht gegenüber 1300 Millionen Chinesen herausnehmen sie aufzufordern, unsere Vorstellungen von Menschenrechten, die ihnen vollkommen fremd sind, anzunehmen.

Hier erinnerten sich die Zuhörer an die beißenden Kritiken deutscher Politiker an der Bundeskanzlerin, sich gegenüber der chinesischen Staats- und Parteispitze nicht genügend herausfordernd eingesetzt zu haben.

Die Sympathien des Referenten für China und seine Menschen ließen viele Verhaltensweisen erklärlich werden und weckte in den Zuhörern viel Verständnis für diese aufstrebende Weltmacht, die uns neben den USA, der Russischen Föderation und auch Brasilien in den kommenden Jahrzehnten noch viel zu denken geben wird.

## Notizen zu zwei Bezirks-Vorstandssitzungen

### I. Hammelburg, 18.09.08:

1. Begegnung mit den Vertretern des AK Pol: Bezirksvorstandsvorsitzender Ullrich Seelmann wertete die Begegnung (der ASP-Kurier berichtete) als sehr nützlich und will die Kontakte weiter pflegen.

2. Teilnahme an den Fachausschüssen: Diese im fernen München praktikabel zu machen, kommt der Quadratur des Kreises gleich. Man kann den Nordbayern nicht zumuten, wegen einer Tagung von ca. 2 bis 3 Stunden den weiten Weg nach München auf sich zu nehmen.

3. Die 4. Ausgabe des ASP-Kuriers erschien in einem neuen, wenn auch noch nicht endgültigen Gewand, fand aber die Anerkennung der Anwesenden und vieler anderer ASP-Mitglieder. Fred Rautenberg, nach einem herzlichen Dank an seine beiden Chefredakteur-Vorläufer Julian Hertzog und besonders Richard Oswald, erklärte, es sei sein Ziel, den Kurier mit qualifizierten Beiträgen zu einem respektablen Kommunikationsmedium für die ASP-Mitglieder zu machen. Dies auch deswegen, weil der ASP-Kurier dank der Vermittlung der Geschäftsstelle der CSU in Schweinfurt eine Verbreitung an ca. 2 500 Adressaten gefunden hat. Ausführlich wurde danach diskutiert, wie die Verteilung des Kuriers künftig vorgenommen werden soll.

### II. Hammelburg, 27.11.08:

#### Die Epauletten des „Herrn Meier“

**ASP-Besuch im Infanterie-Museum der Garnison Hammelburg und Jahresabschluss-Essen**

**Hammelburg. (frr) Museumsbesuch, Bezirks-Vorstandssitzung und Jahresabschluss-Essen mit den Ehefrauen war das Programm für das letzte Treffen der Bezirksvorstandsschaft des ASP in diesem Jahr. Als besonderen Gast begrüßte Ullrich Seelmann im Offizierheim der Garnison den designierten Vorsitzenden des neu zu gründenden ASP-Kreisverbands Hassfurt, Lt. d. Res. Christian Schneider.**

Unter den Raritäten des Infanteriemuseums befanden sich auch die bombastischen Epauletten eines Reichsmarschalls des Dritten Reichs, eines Mannes, der Meier heißen wollte, wenn ein einziges feindliches Flugzeug die Grenzen des Deutschen Reichs im Verlauf des 2. Weltkriegs überqueren sollte. Dem OTL a.D. Spieß, der die Besucher durch das Museum führte, konnte man die bittere Ironie anmerken, als er diese Anekdote über Hermann Göring erzählte.

Nach der Führung stellte der Vorsitzende dem Vorstand zunächst den Gast aus Hassfurt vor, Lt. d. Res. Christian Schneider, der demnächst die Leitung des neu zu



Dietmar Möckel erhält als Dankeschön für besondere Verdienste ein Präsent aus der Hand von Ulrich Seelmann. (Foto: FRR)

gründenden Kreisverbands Hassfurt übernehmen wird (vgl. dazu den Bericht auf Seite 10). Ulrich Bucher berichtete sodann von der Landesdelegiertenversammlung in Weiden (Berichte dazu auf S. 12–13). Dann wurden die Termine für die weitere Arbeit des ASP Unterfranken festgelegt. Danach trafen sich alle Mitglieder mit den Damen zum gemeinsamen Essen.

In seiner Rede zum Jahresabschluss dankte Ulrich Seelmann den Vorstandsmitgliedern für die geleistete Arbeit und wünschte sich auch für das nächste Jahr den freudigen Einsatz für die Ziele des Arbeitskreises, da uns alle ein politisch hochaktives 2009 mit Europa- und Bundestagswahlen bevorsteht. Er hob die Tätigkeit von zwei Mitgliedern des Vorstands für den ASP besonders hervor und überreichte Dietmar Möckel und Fred Rautenberg als Zeichen der Anerkennung je eine geschmackvoll verpackte Flasche Wein.

## ASP-Kurier Spezial: Die Landesdelegiertenversammlung in Weiden/Oberpfalz

### Signale von Weiden: Neue Akzente für die bayerische und deutsche Außenpolitik – Selbstbesinnung und Neuanfang für die CSU



Landesversammlung des ASP in Weiden: Europa-Ministerin Emilia Müller und der ehem. Chefredakteur des Bayernkuriers Wilfried Scharnagl. Hinter den beiden Ulrich Bucher von KV Rhön-Grabfeld  
(Foto: R Rautenberg)

#### Die Gunst der Stunde und neues Selbstbewusstsein

Ein Kommentar zur Landesdelegiertenversammlung in Weiden  
von Fred Rautenberg

Das von vielen beklagte, aber auch oft mit Häme bedachte Wahldebakel der CSU bei den Landtagswahlen stellt uns vor die Notwendigkeit, Gewissensforschung zu betreiben und uns ehrlich nach den Gründen für den Vertrauensentzug von vielen bayerischen Wählern zu fragen.

Aber in der Neuorientierung der bayerischen Politik liegen auch Chancen, denn sie fällt mit dem Wechsel im Weißen Haus in Washington zusammen. Daraus ergibt sich für Deutschland und Europa die Möglichkeit, gegenüber dem transatlantischen Partner mit neuem Selbstbewusstsein aufzutreten. Nutzen wir die Gunst der Stunde!

Genau in diesem doppelten Sinn verstand sich das Landesdelegiertentreffen in Weiden mit seinem Tagungsprogramm. Die für eine solche Versammlung sonst zentrale Beschäftigung mit sich selbst, mit ihren Anträgen, Wünschen und internen Diskussionen fiel äußerst knapp aus, Kampfabstimmungen gab es keine, die Ehrung von verdienten Mitgliedern musste ganz verschoben werden, weil vor allem die Außenpolitik mit ihren Verflechtungen das Tagungsprogramm und den Zeitbedarf dominierten.

Wenn wir die hämischen Kritiker der CSU künftig Lügen strafen wollen, bleibt uns nichts anderes übrig, als rasch über die Selbstanalyse zu einem neuen politischen Stil zu gelangen. Und dass die amerikanische Politik der gepanzerten Faust zu nichts Gutem führt, dürfen wir nicht länger verzagt hinnehmen.

#### Bericht von der Landesdelegierten- versammlung vom 08. November 2008

**Weiden. (frr) In der gut gefüllten Max-Reger-Halle trafen sich zur diesjährigen Landesversammlung die Delegierten des Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises der CSU aus den Bezirks- und Kreisverbänden. Das Treffen stand unter dem Aspekt der CSU-internen Bestandsaufnahme nach den Landtagswahlen und den Konsequenzen, die sich für Bayern, Deutschland und Europa aus den Präsidentschaftswahlen in den USA ergeben. Vom Bezirk Unterfranken hatten Ulrich Bucher, Thomas Giehl, Karlheinz Mehling, Dietmar Möckel, Richard Oswald und Fred Rautenberg teilgenommen.**

Unser Landesvorsitzender, der parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Christian Schmidt, konnte eine ganze Reihe von hochkarätigen Gästen begrüßen. Dazu zählten vornehmlich der Generalkonsul der USA in München **Eric G. Nelson**, **Charles King Mallory IV**, Direktor des berühmten Aspen-Instituts in Berlin, sowie **Dr. Christoph Israng** von der Jungen Union, zugleich stellv. Vorsitzender des Fachausschusses für Außenpolitik. Diese drei Herren bestritten zusammen mit Christian Schmidt die Expertenbefragung, wobei auch kritische Fragen aus dem Publikum beantwortet wurden.

Ein längeres Grußwort sprach die Staatsministerin für Bundes- und Europangelegenheiten im neuen Kabinett Seehofer, Frau **Emilia Müller**, auch Bezirksvorsitzende der CSU Oberpfalz, wobei sie vor allem auf die Europawahlen und deren Bedeutung einging. Um künftig wieder ein besseres Wahlergebnis zu erzielen, forderte sie alle Parteimitglieder auf, "hemmungslos gut übereinander zu reden". Es sei auch die Aufgabe des ASP, der Bevölkerung klar zu machen, was der „Mehrwert“ ist, den wir alle durch die EU erfahren.

Einen für eine Landesversammlung ungewöhnlichen Programmpunkt bestritt **Wilfried Scharnagl**, der ehe-

malige Chefredakteur des Bayernkuriers. Er sprach über Franz Joseph Strauß, seine politischen Kämpfe und Erfolge und vor allem über seine wegweisende Bedeutung für den Aufbau der Bundeswehr in einer Zeit, als das neue deutsche Militär noch vielfach angefeindet wurde.

Im Programm folgte dann die eigentliche Delegiertenversammlung mit den Tätigkeitsberichten von Christian Schmidt und von den Fachausschuss-Vorsitzenden, mit der Abstimmung über die termingerecht eingereichten Anträge sowie mit der Nachwahl eines Landesschriftführers. Unter der Leitung von **Franz Xaver Scherl** und **Paul Hufnagel** wurde mit überwältigender Mehrheit Patrick Fischer vom Bezirksverband Oberbayern gewählt. Die meisten der Anträge wurden zur weiteren Bearbeitung an den Landesvorstand verwiesen. In einem Punkt konnte man sich aber sogleich einigen: Der ASP Bayern wird ein neues Logo erhalten, das an die Gestaltung des CSU-Logos angeglichen ist.

Den Höhepunkt des inzwischen lang gewordenen Tages, so empfanden es viele Delegierte, stellte aber die Rede des neuen Generalsekretärs der CSU, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg dar. Die Frische und Dynamik des ehemaligen Fachausschuss-Vorsitzenden für Außenpolitik rüttelte alle Delegierte noch einmal auf, so dass seine an sich kurze, aber inhaltsreiche Rede mit großem Beifall bedacht wurde. (Mehr dazu auf Seite 13.)

Die eigentlich für diesen Tag vorgesehene Ehrung von verdienten Mitgliedern musste aus Zeitgründen auf einen späteren Termin verlegt werden, damit diese Ehrungen auch in der angemessenen würdigen Form vorgenommen werden können. Der Landesvorsitzende bat dafür um Verständnis. Mit dem gemeinsamen Singen des Bayernlieds und der Nationalhymne endete die Tagung.

## Neubesinnung und Mut zu den eigenen Interessen

Christian Schmidts kämpferisches Grundsatzreferat bei der Landesversammlung in Weiden

**Weiden. (frr) Eine Grundinspektion unserer politischen Fundamente und deren deutlichere Vermittlung an unsere Bürger, aber auch an unsere Partner in der Welt, allen voran an die USA – das forderte unser Landesvorsitzender in seinem Grundsatzreferat zur**

Heute ist das Modell westlicher Globalpolitik, bestehend aus ökonomischer und militärischer Macht in Verbindung mit der Propagierung von Demokratie kein Erfolgsrezept mehr angesichts eines aggressiven Islamismus. An die Stelle der *pax americana* sollte jetzt nach den Wahlen des neuen US-Präsidenten das Konzept von der vernetzten Sicherheit auch den USA vermittelt werden. Unter dem Vorgänger hatte der große Partner wohl vergessen, dass die USA außer in Europa nur wenige Regionen in der Welt finden, die die aus dem christlichen Menschenbild hervorgehenden Prinzipien und Werte mit Amerika teilen. Wir Europäer sollten uns einig werden und also unsererseits auch Forderungen an die USA stellen. Es gehe um Bündnispartnerschaft, sagte der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, aber auch um unsere Markt-Neuorientierung. Und es geht u.a. auch um das Risiko Afghanistan und Pakistan, Länder, die nicht zu einem islamistischen Fanal werden dürfen.

Diese Zusammenhänge müssen wir künftig auch den Bürgern und Partnern deutlicher machen, auch in dem Sinn, dass wir uns nicht überall, wo es eigentlich notwendig wäre, engagieren können. Im Kongo z. B. sollte das regionale Problem von den regionalen An-

rainern gelöst werden. Soweit es uns unmittelbar betrifft, sind allerdings die uns bedrohenden Krisenherde dort zu bekämpfen, wo sie entstehen. Die Außenpolitik, die Entwicklungs- und Welternährungspolitik müssen darauf Antworten geben. Wir Europäer sollten selbst einmal die Agierenden sein, die die USA mitziehen.

Der Außen- und Sicherheitspolitische Arbeitskreis, sagte Christian Schmidt, will sich in diesem Sinn in die bayerische, deutsche und europäische Politik einbringen, und von Weiden solle ein selbstbewusstes Signal ausgehen: nicht den Konflikt suchen, aber ihm auch nicht unbedingt aus dem Weg gehen.



Christian Schmidt, der Landesvorsitzende des ASP und Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, bei seiner Grundsatzrede in Weiden

(Beide Fotos auf dieser Seite: F. Rautenberg)

## Selbstkritik und neue Wege

**Ansprache des neuen Generalsekretärs der CSU vor dem ASP**  
Freiherr zu Guttenberg fordert ein Umdenken in der Partei

**Weiden. (frr) Zu Guttenberg beschönigte nichts: Er konstatierte, dass unsere Partei bei weiten Kreisen der Bevölkerung in den Ruf des Hochmuts und der Überheblichkeit geraten sei. Die bayerische Staatsregierung habe dem Bürger nicht mehr ihre Maßnahmen erklärt, sondern nur noch verkündet. Damit sei die früher so innige und erfolgreiche Bodenhaftung verloren gegangen.**

Zu Guttenberg forderte darum, dass die CSU-Politiker wieder das Zuhören verstärkt üben sollten, sie sollten offen für die Fragen und Probleme der Bürger sein. Das beinhalte Umstrukturierungsaufgaben, die gerade auch in Hinblick auf die Europawahlen gelöst werden müssen.



Außen- und sicherheitspolitisch will die CSU mit einer eigenen Stimme sprechen und einen Beitrag für die deutsche und europäische Politik leisten. Der neue Generalsekretär, selbst Mitglied im ASP und Leiter des Fachausschusses Außenpolitik, will darum den Schulterschluss zum ASP suchen. Es gebe kaum ein innenpolitisches Thema, das nicht auch mit der Außenpolitik verknüpft ist. Um der Unruhe in der Bevölkerung vorzubeugen, muss dies aber auch ausreichend erklärt werden. Das gelte z. B. für die Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan: Haben wir hier alles richtig gemacht, wenn 80 % unserer Mitbürger diesen Einsatz ablehnen? Nach der Euphorie über den neuen US-Präsidenten könne es leicht zu einer Ernüchterung kommen, besonders wenn Obama die Deutschen und Europäer zu verstärktem Engagement nicht nur in Afghanistan, sondern z. B. auch im Sudan oder Kongo auffordern. Angesichts solcher Herausforderungen müsse die Politik um begründbares Vertrauen bei der Bevölkerung werben, und der neue Generalsekretär will auch in diesem Sinn künftig im Geist des ASP tätig sein.



**Dettelbach am Main:** Der neue CSU-Vorsitzende und Bayerische Ministerpräsident bei seiner Grundsatzrede zum Unterfrankenkongress. Versöhnlicher Blick zurück und energischer Blick nach vorn – das waren die wesentlichen Botschaften des Parteivorsitzenden an die Funktionsträger der CSU aus ganz Unterfranken.

(Fotos: F. Rautenberg)

## Der Geist von Dettelbach

**„Auf das saudumme Niveau von da unten verzichten!“**

**Dettelbach.** (frr) Nein, ein Blatt vor den Mund nahm sich keiner – weder der neue Parteivorsitzende noch sein neuer Parteisekretär, und schon gar nicht die Damen und Herren des Plenums. Es kam alles auf den Tisch – aber in einem solchen Ton, dass keine (neuen) Wunden geschlagen wurden. Darauf hatte Horst Seehofer großen Wert gelegt: Namen zu nennen und Sündenböcke ausfindig zu machen würde eher rückwärtsgerichtet sein und den notwendigen Prozess der Selbstbesinnung und Erneuerung aufhalten, wenn nicht unmöglich machen. Damit wäre aber auch schon der nächste Wahl-Misserfolg vorprogrammiert.

Die Rede ist, man wird es schon erraten haben, von einer der Regionalkonferenzen der CSU, diesmal also von der in Dettelbach am Main am 22. November 2008. Horst Seehofer selbst und Michael Glos als der CSU-Bezirksvorsitzende hatten zu dem Treffen eingeladen.

Und trotz trügerischen Winterwetters waren die CSU-Funktions- und Amtsträger gekommen. Es war kein Tisch mehr frei.

Zur Zeit lässt die CSU keine Gelegenheit aus, um den eigenen Mitgliedern, aber auch der Öffentlichkeit klar zu machen, dass ihre Führung die Botschaft der letzten Landtagswahl verstanden hat: Angesagt ist nicht ein trotziges "Weiter so", sondern eine ehrliche Gewissenserforschung und Selbstanalyse. Diese sei bisher noch nie (!) nach einem Wahltag vorgenommen worden (trotz permanenter Stimmenrückgänge in allen Wahlen seit 2003), sagte der neue Generalsekretär Karl Theodor von und zu Guttenberg. Politiker sind Dienstleister für die Gesellschaft, das heißt sie müssen die Bodenhaftung bewahren und sich für die Bürger anstrengen. Zuhören und Demut stehe den Funktionsträgern gut zu Gesicht. Landsmannschaftliche Reibereien in der CSU bezeichnete er als ein „saudummes Niveau von da unten“, auf das die Partei gefälligst verzichten solle.



Dr. Bernd Weiß, CSU-Abgeordneter des Wahlkreises Rhön-Haßberge, und Kreisvorsitzender der CSU Rhön-Grabfeld, wurde von Ministerpräsident Horst Seehofer als Staatssekretär des Innern in das neue bayerische Kabinett berufen.

Hier in Dettelbach im Gespräch mit Horst Seehofer, der auch der Vorsitzende der CSU ist.

(Foto: F. Rautenberg)



Auch Dr. Anja Weisgerber, Abgeordnete für Unterfranken im Europäischen Parlament, nahm an der Unterfrankenkonferenz in Dettelbach teil. Hier zusammen mit Michael Glos, dem Bundesminister für Wirtschaft und Technologie.

Michael Glos ist auch der Vorsitzende der CSU in Unterfranken.

(Foto: F. Rautenberg)

## Horst Seehofer beschwört das Wir-Gefühl einer großen Werte-Gemeinschaft

### Grundsatzrede des CSU-Vorsitzenden in Dettelbach

**Dettelbach. (frr) Der neue Parteivorsitzende und nunmehrige Ministerpräsident in Bayern, Horst Seehofer, wies in Dettelbach der ganzen Partei die gemeinsame Verantwortung für die Wahlschlappe zu und forderte eine Änderung der Politik in der Substanz.**

Frauen müssten in Führungspositionen kommen, denn den größten Einbruch an Stimmen bei der verflochtenen Landtagswahl hatte die Partei bei den Frauen zu verzeichnen. Um dem Vorwurf der Arroganz in der Bevölkerung künftig vorzubeugen, forderte Seehofer eine „Kultur des Dialogs“ – banal gesagt: den Leuten „aufs Maul“ zu schauen und zu hören, wo sie der Schuh drückt, und dabei anders Denkende nicht einfach als Spinner abzutun. Denn immer noch sind die CSU bzw. die CDU die wahrhaftigen, in Europa einzig verbliebenen Volksparteien, die sich als Anwalt des Volkes verstehen, und sie wollen dies auch bleiben.

Seehofer wurde dann deutlicher, welche Akzente die bayerische Politik im Land und im Bund setzen will: Der Bürger soll einen deutlicheren Anteil am erzielten Mehrgewinn bekommen, und mit der steuerlichen Entlastung solle noch vor den Bundestagswahlen begonnen werden. Für die Neuregelung der Erbschaftssteuer forderte er, erst einmal mit der CDU klar zu kommen und dann sich mit der SPD in der Regierungskoalition auseinanderzusetzen. Das bayerische Investitionsprogramm solle auch in beschleunigten Verfahren in den Haushaltsausschüssen und in den Regierungsbezirken weiter gegeben werden, z. B. für die lückenlose Installation der neuen Internet-Übertragungstechniken.



Horst Seehofer mit seinem Generalsekretär Karl-Theodor zu Guttenberg auf dem Podium. Rechts daneben Dr. Peter Ramsauer (MdB), Vorsitz. d. Landesgrp. im Bundestag

Seehofer versprach, mehr Lehrer, Polizisten und Justizpersonal einzustellen, und das alles (vorbehaltlich einer einigermaßen tragbaren globalen Entwicklung) ohne Neuverschuldung. Er packte auch heiße Eisen an, wie etwa die Probleme der Landwirtschaft, der Ärzte und der Landesbank. Als Ziel gab der Vorsitzende aus, dass in der CSU wieder ein „Wir-Gefühl“ entsteht durch das Bewusstsein, eine große Werte-Gemeinschaft zu sein, die ein klare Antwort formuliert auf die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Das sei auch die Voraussetzung für den Wahlerfolg, und damit gebe man selbst den Takt an und sei nicht von den Medien getrieben. Die CSU soll (wieder) frisch, modern, in-

teressant und diskussionsfreudig sein. Also: erst mit dem Bürger und miteinander reden, dann Beschlüsse fassen, und dann diese umsetzen.

Zeitlich nahm dann die allgemeine Aussprache mit den kritischen Beiträgen aus dem Plenum den größten Teil der Veranstaltung ein. Der Beobachter hatte den Eindruck, dass so gut wie kein für Bayern relevantes politisches Thema ausgelassen wurde. Die Herren auf dem Podium nahmen alles, was da im Ton verbindlich, in der Sache aber klar und hart vorgetragen wurde, entgegen und versprachen, dass dies bei der Gestaltung der neuen CSU-Politik Berücksichtigung finden werde.



Links: Dr. Weiß am Tisch der Rhön-Grabfelder. Vorn der Vorsitzende der JU Mellrichstadt-Ostheim Bernd Roßmann. Rechts: Charmante Präsenz auf dem Vorsitz-Podium: Fränkische Weinprinzessin (Alle Fotos: F. Rautenberg)

**Wenn Sie sich für die Arbeit des ASP interessieren und vielleicht auch beitreten möchten, wenden Sie sich an die hier angegebenen Adressen. Dort erhalten Sie Auskunft über alle Fragen, die den ASP betreffen.**

Homepage des ASP Landesverband:	<a href="http://www.csu.de/arbeitskreis/asp">http://www.csu.de/arbeitskreis/asp</a>
Landesgeschäftsführer des ASP, E-Mail:	<a href="mailto:asp@csu-bayern.de">asp@csu-bayern.de</a>
Kontakt zum Bezirksverband, E-Mail:	<a href="mailto:ullrich_seelmann@t-online.de">ullrich_seelmann@t-online.de</a>
Kontakt zum KV Rhön-Grbf., E-Mail:	<a href="mailto:ulrichbucher@yahoo.de">ulrichbucher@yahoo.de</a>
Kontakt zum ASP-Kurier, E-Mail:	<a href="mailto:frrautenberg@t-online.de">frrautenberg@t-online.de</a>
Kontakt zum KV Hassberge:	<a href="mailto:steffenevogel@aol.com">steffenevogel@aol.com</a> <i>oder</i> <a href="mailto:Chris-Schneider@gmx.de">Chris-Schneider@gmx.de</a>

**Aufnahme-Antrag für den Beitritt zum ASP:**

[http://www.csu.de/dateien/arbeitskreis/asp/Dateien/Downloads/ASP\\_Aufnahmeantrag.pdf](http://www.csu.de/dateien/arbeitskreis/asp/Dateien/Downloads/ASP_Aufnahmeantrag.pdf) (Formular s. auch S. 18)

## **Termine im ersten Halbjahr 2009**

### **Wahlen für den ASP bzw. die CSU: Einzuhaltende Zeiträume**

Ortsverbände	15.01. - 15.03. 2009
Kreisverbände	16.03. - 30.04. 2009
Bezirksverbände	01.05. - 30.06. 2009
CSU Parteitag 2009	17. - 18. Juli 2009

### **Umsetzung auf den ASP- Bezirksverband Unterfranken:**

#### **1. ASP - Bezirk**

15.01.: Sitzung	Ort: Zum Hirschen, Hammelburg
22.01.: Vortrag Pakistan	Ort: Bad Kissingen, Ltg.: Feldmann
23.04.: Sitzung	Ort: noch nicht bekannt
28.05.: Neuwahlen	Ort: noch nicht bekannt, ab 19:00 Uhr

#### **2. ASP-Kreisverband Bad Kissingen**

26.01.: Sitzung	Ort: Zum Hirschen, Hammelburg
26.03.: Neuwahlen	Ort: Zum Hirschen, Hammelburg, ab 19:00 Uhr

#### **3. ASP - Kreisverband Würzburg**

19.03.: Neuwahlen	Ort: Veitshöchheim
-------------------	--------------------

#### **4. Geplante Neugründung ASP-Kreisverband Haßberge**

18.02.: Veranstaltung mit Unterstützung des ASP-Bezirksverbandes und mit dem ASP-Landesvorsitzenden Christian Schmidt Bereich Haßfurt

#### **5. Kreisverband Rhön-Grabfeld**

20.01.: Kreisvorstandssitzung	Ort: Hotel Sturm, Mellrichstadt
24.01.: Kreisvorsitzendenkonferenz	Ort: Greding
03.03.: Dämmerchoppen	Ort: Hotel Sturm, Mellrichstadt
03.04.: Kreishauptversammlung mit Wahlen und Vortrags-Veranstaltung	Ort: Hotel Sturm, Mellrichstadt
21.04.: Kreisvorstandssitzung	Ort: Hotel Sturm, Mellrichstadt
15.05.: Aktion zu den Europawahlen	Ort: Mellrichstadt
06.06.: ASP-Info-Stand zur Europawahl	Ort: Mellrichstadt, Marktplatz

## **Impressum:**

### **ASP-Kurier**

Elektronische Zeitschrift des ASP-Bezirks Unterfranken für die Mitglieder, Freunde und Interessenten des Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises der CSU

### **Leitender Redakteur und verantwortlich:**

Fred Rautenberg

### **Mitarbeiterstab:**

Julian Hertzog, Dietmar Möckel, Richard Oswald, Ullrich Seelmann

### **Kontakt:**

E-Mail: [FRRautenberg@t-online.de](mailto:FRRautenberg@t-online.de)

Tel.: 09776 / 5243

Post: Thüringer Straße 24  
97638 Mellrichstadt

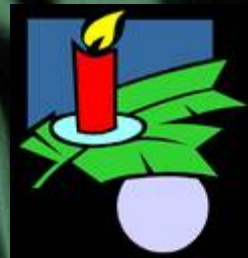
**Beachten Sie bitte auch die Seite 17 und besonders die Seite 18, wenn Sie sich mit dem Gedanken tragen, dem ASP beizutreten.**

## **Erleben Sie Zypern in all seinen Aspekten!**

Ein attraktiver Tipp des ASP-Kuriers für Reisefreudige

Die Europaunion Bad Kissingen und ihr stellvertretender Vorsitzender, zugleich unser ASP-Mitglied im Bezirksvorstand, Ulrich Feldmann, laden zu einer Studienreise nach Zypern ein. Die Reise findet vom 04. bis zum 14. Juni während der bayerischen Pfingstferien statt. Dabei können Sie tief in die antike Geschichte eintauchen, aber auch nicht weniger das Zypern von heute kennen lernen. Für die große Fahrt besteht bereits ein ausgearbeitetes Programm, das Sie unter der E-Mail [www.europaunion-kg.de](http://www.europaunion-kg.de), Rubrik „Reisen“ einsehen können.

Der Leiter Ulrich Feldmann ist ein erfahrener Reiseführer, der schon viele, vergleichbar anspruchsvolle Unternehmungen geplant und durchgeführt hat. Greifen Sie bald zu, die Teilnehmerzahl ist begrenzt!



**Frohe  
Weihnacht**

**und ein  
glückliches  
und erfolgreiches  
2009**



**wünscht  
das Redaktionsteam  
des ASP-Kuriers all  
seinen Lesern.**





# „Ja, ich mache mit!“

## Antrag auf Mitgliedschaft

Adresse (melderechtlicher Hauptwohnsitz)  
Titel, Vorname, Nachname

Ortsteil, Straße, Hausnummer

Postleitzahl

Wohnort

Telefon (privat)

E-Mail

Ich möchte **keine** Informationen per E-Mail

Geburtsdatum

Geschlecht

 männlich  
 weiblich

Staatsangehörigkeit

Beruf

Konfession

Ich erkenne die Geschäftsordnung des ASP sowie die Grundsätze und die Satzung der CSU an. Ich gehöre keiner anderen Partei an. Ich beantrage hiermit die Aufnahme in den ASP.

- Ich bin bereits Mitglied der CSU
- Ich zahle den Mindestbeitrag
- Ich zahle einen höheren Beitrag von jährlich:

 EURO  
(Erläuterungen siehe Rückseite)

Ort/Datum

Unterschrift

Bitte nicht abtrennen\*

### Einzugsermächtigung für den Mitgliedsbeitrag

Ich bin damit einverstanden, dass der jeweils gültige Jahresbeitrag sowie die Mitgliedsbeiträge der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise der CSU, denen ich angehöre, bei Fälligkeit

von meinem Konto Nr.

bei der Bank/Sparkasse/Postbank

in

BLZ

abgebucht werden.

Diese Erklärung gilt bis auf weiteres. Ein Widerruf wird schriftlich erfolgen.

Titel, Vorname, Nachname

Ort, Datum

Unterschrift

Ihre Angaben werden nur von der CSU oder deren Beauftragten zum Zweck der Personalarbeit gespeichert und im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen verwendet.

\* Die Einzugsermächtigung erhält der einreichende Verband nach erfolgter Erstattung zurück.

## Grüß Gott!

Herzlich willkommen. Wir freuen uns, dass Sie mitmachen wollen und wünschen Ihnen viel Freude bei Ihrer politischen Arbeit.

Ich interessiere mich für ein Bayernkurier-Abonnement.

**Mitgliederservice im Internet:**  
Exklusive Informationen unter

[www.csu.de](http://www.csu.de)

Verband

Datum und Unterschrift der/des zuständigen Vorsitzenden

Bearbeitung durch die Bundeswahlkreis-Geschäftsstelle.

Mitglieds-Nr. (bitte freilassen)  Orga-Nr. Kreis-/Ortsverband

Bearbeitungsvermerk

Ihren Aufnahmeantrag senden Sie bitte an die unten stehende Anschrift oder geben Sie ihn Ihrem Verband. Haben Sie weitere Fragen, wenden Sie sich an den örtlichen Vorstand, die CSU-Geschäftsstelle oder **direkt an uns:**

**CSU-Landesleitung**  
Franz Josef Strauß-Haus  
Nymphenburger Str. 64  
80335 München

**Arbeitskreis**  
Aussen- und Sicherheitspolitik  
Telefon 089 / 1243-249  
Telefax 089 / 1243-307  
ASP@csu-bayern.de

### Erläuterung zum Mitgliedsbeitrag:

**Wichtiger Hinweis:** Mit dem Beitrag mindern Sie Ihre Steuerschuld! Sie bekommen jährlich die Hälfte des Betrages, maximal 1.650,- € (Alleinstehende 825,- €) vom Finanzamt zurück (§ 34 g EStG). Übersteigen Ihre Beiträge und Spenden die Grenze dieser besonderen Steuerermäßigung, können zusätzlich bis 1.650,- € (bei Zusammenveranlagung bis 3.300,- €) nach § 10 b EStG steuermindernd als Sonderausgaben geltend gemacht werden.

Der Jahresbeitrag beträgt nach der Geschäftsordnung des ASP derzeit (Stand: 01/2005):

- 5,- € im Jahr für CSU-Mitglieder
- 20,- € im Jahr für Nicht-CSU-Mitglieder.



Bitte zurücksenden an:

bis zu **50%!**  
Steuerersparnis